

Dezember 2023

Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im
Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

© 2023 infratest dimap Gesellschaft für Trend- und Wahlforschung mbH
Alt-Moabit 96a
10559 Berlin
www.infratest-dimap.de
indi@infratest-dimap.de
twitter.com/infrateddimap
de.linkedin.com/company/infratest-dimap.de

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	4
Haushalt: Hälfte für Einsparungen, ein Drittel für ausgesetzte Schuldenbremse	5
Offen für Einsparungen bei Bürgergeld und Ukraine-Hilfen	6
Regierungszufriedenheit auf Tiefstand	7
Vertrauen in unionsgeführte Bundesregierung wächst leicht.....	8
Politikerzufriedenheit: Scholz mit historischem Negativrekord	9
Sonntagsfrage: SPD so schwach wie zuletzt im Juni 2021	11
Erwartungen an Staatengemeinschaft beim Klimaschutz niedriger als zuletzt	13
Verschiebungen in klimapolitischen Haltungen	14
Studieninformation.....	15

Zusammenfassung

Nachdem das Bundesverfassungsgericht Mitte November die Übertragung von Corona-Mitteln in den Klima- und Transformationsfonds für verfassungswidrig erklärt hat, befindet sich die Ampelkoalition zwei Jahre nach Amtsantritt in einer tiefen Haushaltskrise. In der Frage, wie im kommenden Jahr mit der Haushaltslücke am besten umzugehen sei, setzt knapp die Hälfte der Wahlberechtigten auf Einsparungen bei Vorhaben, Ausgaben und Investitionen, ein gutes Drittel auf die neuerliche Ausrufung einer Notlage und damit die Aussetzung der Schuldenbremse, kaum jemand auf die Anhebung von Steuern und Abgaben. Nachgefragt, erhalten Einschnitte beim Bürgergeld mehrheitliche Unterstützung. Aber auch gegenüber Kürzungen bei den Militärhilfen für die Ukraine zeigen sich die Bundesdeutschen offen. Dagegen werden Einsparungen bei der Klimatransformation der Wirtschaft, noch mehr bei der geplanten Kindergrundsicherung überwiegend kritisch gesehen.

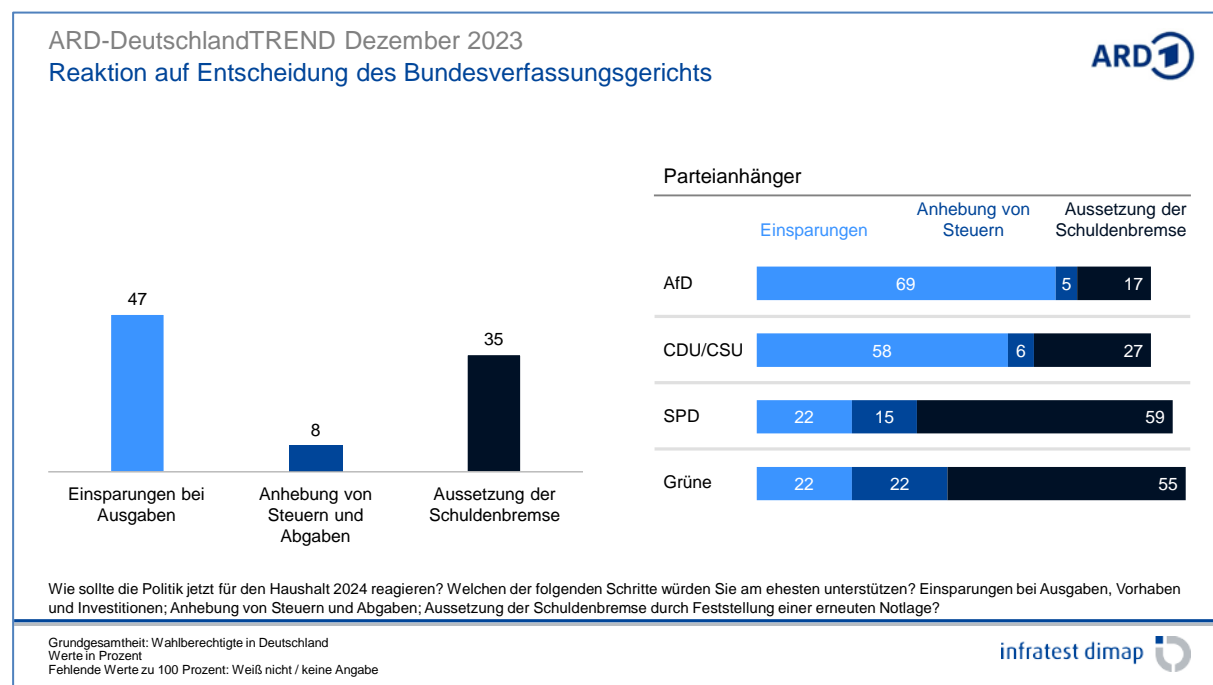
Mit der Haushaltskrise erreicht das Ansehen der Ampel-Koalition einen neuen Tiefstand. Nur ein knappes Sechstel der Wahlberechtigten äußert sich zufrieden zur Arbeit der Bundesregierung. Eine ähnlich schlechte Bewertung der Regierungsarbeit im Bund liegt mehr als 13 Jahre zurück, erzielt von Schwarz-Gelb 2010. Auch Olaf Scholz verliert im Monatsverlauf deutlich an Rückhalt. 20 Prozent sind aktuell mit der Arbeit des SPD-Politikers zufrieden, der niedrigste Wert für einen Kanzler im seit 1997 bestehenden ARD-DeutschlandTREND. Dem SPD-Politiker wird zwar von jedem Zweiten umsichtiges Handeln zugeschrieben. Lediglich ein Viertel sieht in ihm gegenwärtig jedoch einen guten Krisenmanager. Nur 12 Prozent attestieren ihm, überzeugend zu kommunizieren. Dass er momentan dem Amt gewachsen ist, ist die Ansicht von weniger als jedem dritten Wahlberechtigten.

Aus der Haushaltskrise der Ampelkoalition zieht die Unions-Opposition Ansehensgewinne. Die Zahl derer, die einer von ihr angeführten Bundesregierung eine bessere Lösung aktueller Probleme zutrauen, steigt, wenngleich bislang nur auf niedrigem Niveau. Auch Unions-Fraktionsvorsitzender Merz legt zum Vormonat zu und liegt im Urteil der Wahlberechtigten erstmals deutlicher vor dem Bundeskanzler. Schließlich geht die Union ebenso aus der Sonntagsfrage gestärkt hervor. Die CDU/CSU käme bei einer Bundestagswahl aktuell auf 32 Prozent (+2), ihr höchster Wert seit März 2021, gefolgt von der AfD mit 21 Prozent (-1). Die Sozialdemokraten hätten 14 Prozent (-2) in Aussicht. Ähnlich niedrig fiel ihr Rückhalt zuletzt im Juni 2021 aus. Die Grünen kämen aktuell auf 15 Prozent (+1). Die FDP würde mit 4 Prozent (+/-0), die Linke mit 3 Prozent (-2) an der Mandatschwelle scheitern. Alle übrigen Parteien kämen zusammen auf 11 Prozent (+2), darunter die Freien Wähler mit 3 Prozent.

In Dubai findet derzeit die 28. UN-Klimakonferenz statt. Die Erwartungen der Bundesbürger an das globale Zusammenwirken in Klimafragen fallen nochmals niedriger aus als im Umfeld vorangegangener Konferenzen. Nur 10 Prozent der Bundesbürger (-4 zu November 2021) sind aktuell überzeugt, dass die internationale Staatengemeinschaft die Problemfolgen des Klimawandels bewältigen kann. Die Skepsis gegenüber dem Erfolg globaler klimapolitischer Anstrengungen gründet abgesehen von der Wahrnehmung sich häufender Krisensymptome und Extremereignisse auf Zweifeln am Beitrag der einzelnen Nationen. Bei einer Mehrheit besteht der Eindruck, Deutschland tue bereits viel gegen den Klimawandel. Andere Länder sollten erst einmal mehr tun. Das Tempo der klimapolitischen Veränderungen in Deutschland überzeugt allerdings auch nur jeden Vierten, fast vier von zehn halten die Veränderungen hierzulande für zu langsam, immerhin mehr als jeder Vierte erachtet das Tempo als zu hoch. Zugleich deuten sich aber auch Verschiebungen in den klimapolitischen Haltungen der Bundesbürger an. Wirtschafts-, Energie- und Preiskrisen hinterlassen im klimapolitischen Meinungsbild der Bundesbürger offensichtlich erste Spuren.

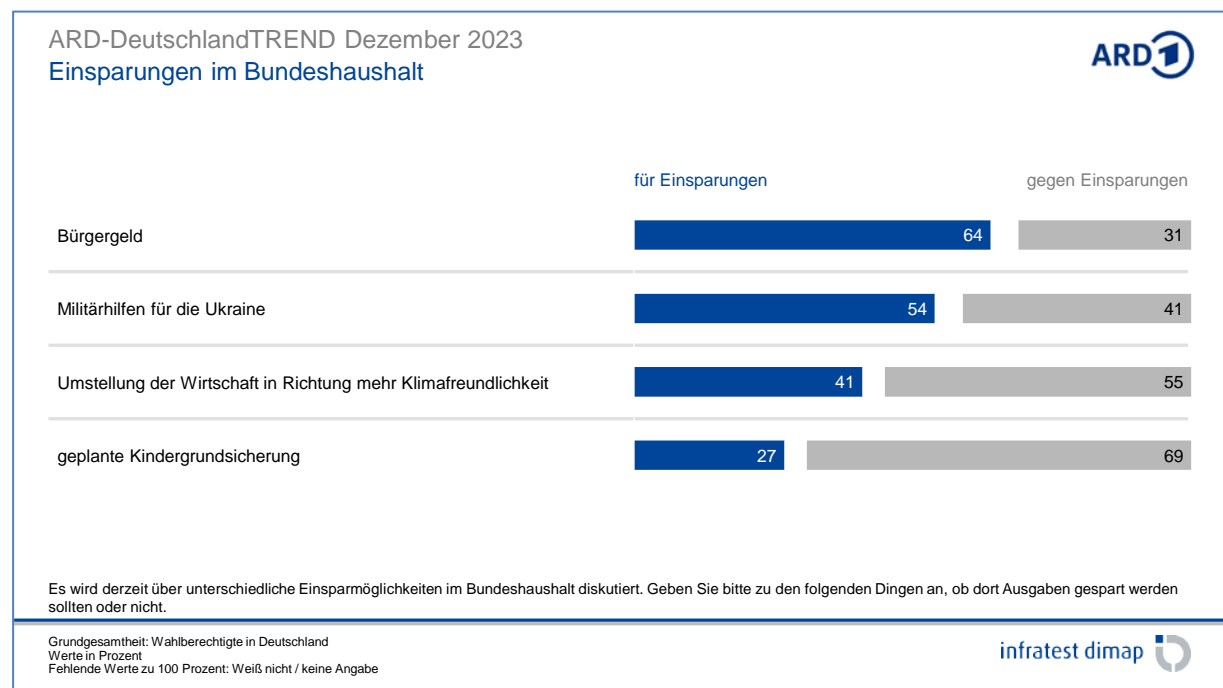
Haushalt: Hälfte für Einsparungen, ein Drittel für ausgesetzte Schuldenbremse

Nachdem das Bundesverfassungsgericht Mitte November die Übertragung von Corona-Mitteln in den Klima- und Transformationsfonds für verfassungswidrig erklärt hat, sieht sich die Ampelkoalition zwei Jahre nach Amtsantritt mit einer tiefen Haushaltskrise konfrontiert. In der Frage, wie im kommenden Jahr mit der Haushaltslücke am besten umzugehen sei, setzt knapp die Hälfte der Wahlberechtigten (47 Prozent) auf Einsparungen bei Ausgaben, Vorhaben und Investitionen, ein gutes Drittel (35 Prozent) auf die neuerliche Ausrufung einer Notlage und damit die Aussetzung der Schuldenbremse, kaum jemand (8 Prozent) auf die Anhebung von Steuern und Abgaben. Während die Aussetzung der Schuldenbremse in den Reihen von SPD (59 Prozent) und Grünen (55 Prozent) Zuspruch findet, favorisieren die Wähler von CDU/CSU (58 Prozent) und AfD (69 Prozent), im Nachgang des Verfassungsgerichtsurteils einen klaren Sparkurs.



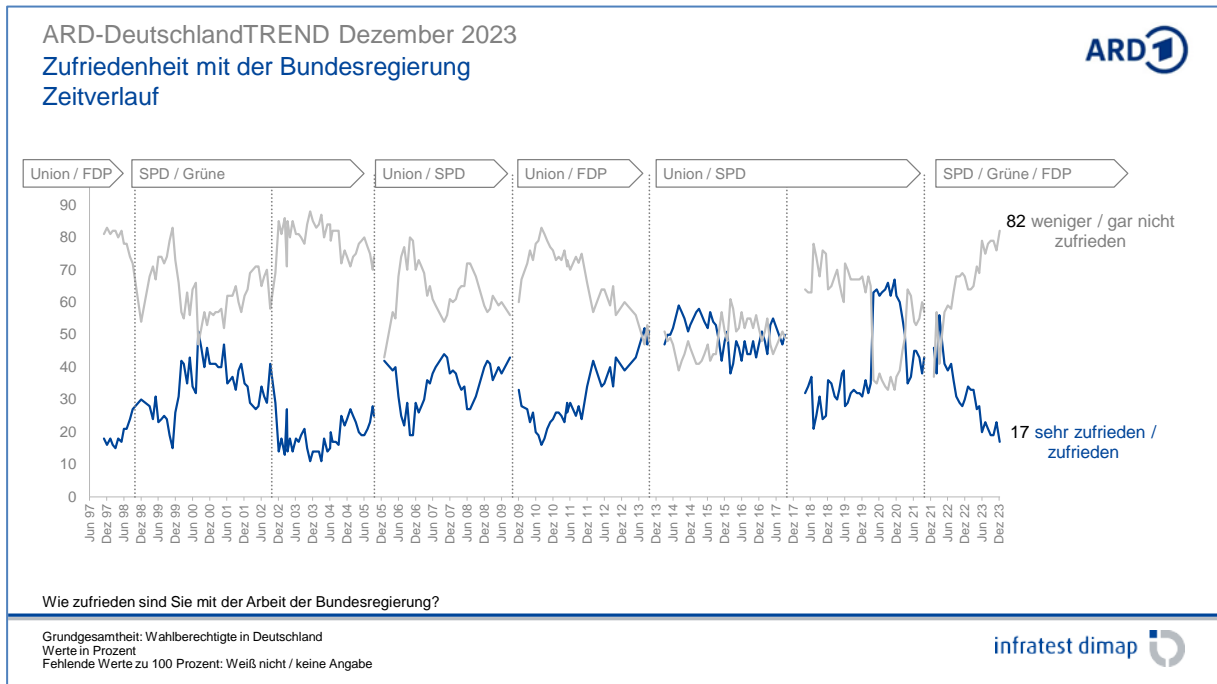
Offen für Einsparungen bei Bürgergeld und Ukraine-Hilfen

Nachgefragt, erhalten Einsparungen beim Bürgergeld (64:31 Prozent) mehrheitlich Unterstützung bei den Bundesbürgern. Aber auch gegenüber Kürzungen bei den Militärhilfen für die Ukraine (54:41 Prozent) zeigen sich die Bundesdeutschen durchaus offen. Dagegen werden Einsparungen bei der Klimatransformation der Wirtschaft (41:55 Prozent), vor allem aber bei der geplanten Kindergrundsicherung (27:69 Prozent) kritisch gesehen. Wie beim generellen Umgang mit der Haushaltskrise gehen auch mit Blick auf konkrete Einsparmöglichkeiten die Meinungen in den Wählerlagern deutlich auseinander. Die SPD- und Grünen-Wähler lehnen Kürzungen auf den genannten Feldern eher ab. Die Anhänger der Union unterstützen allein einen Sparkurs beim Bürgergeld mehrheitlich, die AfD-Anhänger darüber hinaus ebenso Einschnitte bei Hilfen für die Ukraine und bei Mitteln für die Klimatransformation der Wirtschaft, nicht jedoch bei der Kindergrundsicherung.



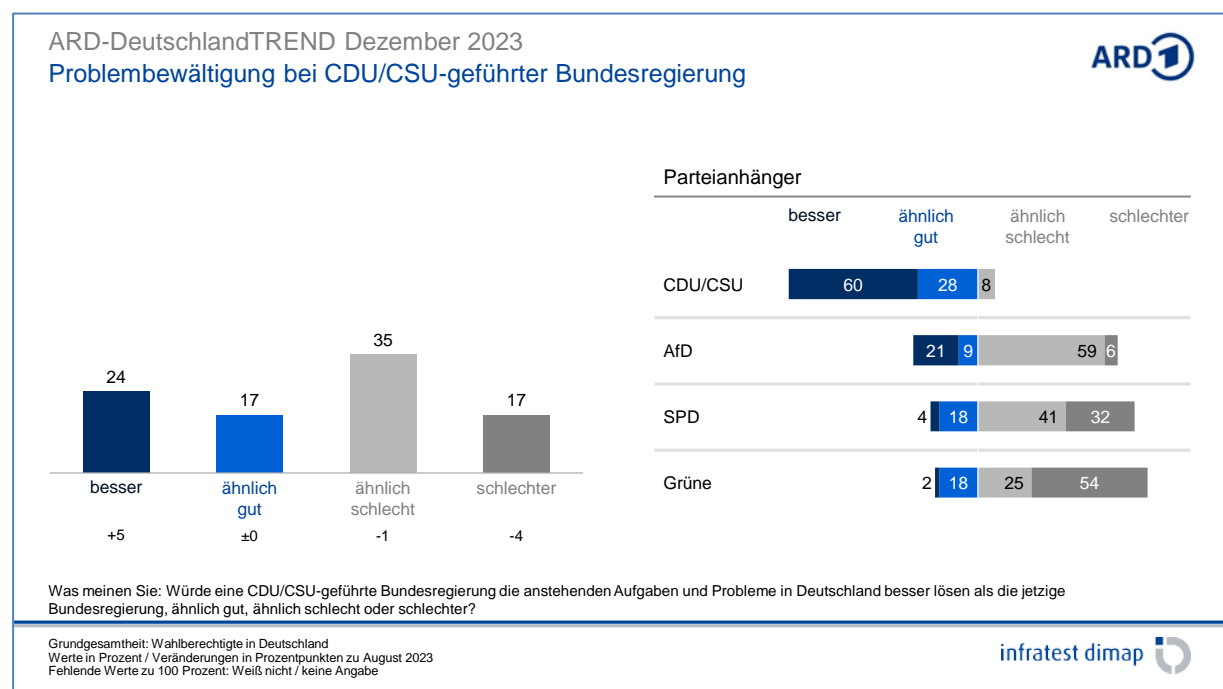
Regierungszufriedenheit auf Tiefstand

Mit der Haushaltskrise erreicht das Ansehen der Ampel-Koalition einen neuen Tiefstand. Ein knappes Sechstel der Wahlberechtigten (17 Prozent; -6) äußert sich derzeit zufrieden zur Arbeit der Bundesregierung, acht von zehn üben Kritik (82 Prozent; +6). Eine ähnlich schlechte Bewertung der Regierungsarbeit im Bund liegt mehr als 13 Jahre zurück, erzielt im August 2010 von Schwarz-Gelb (16:83 Prozent).



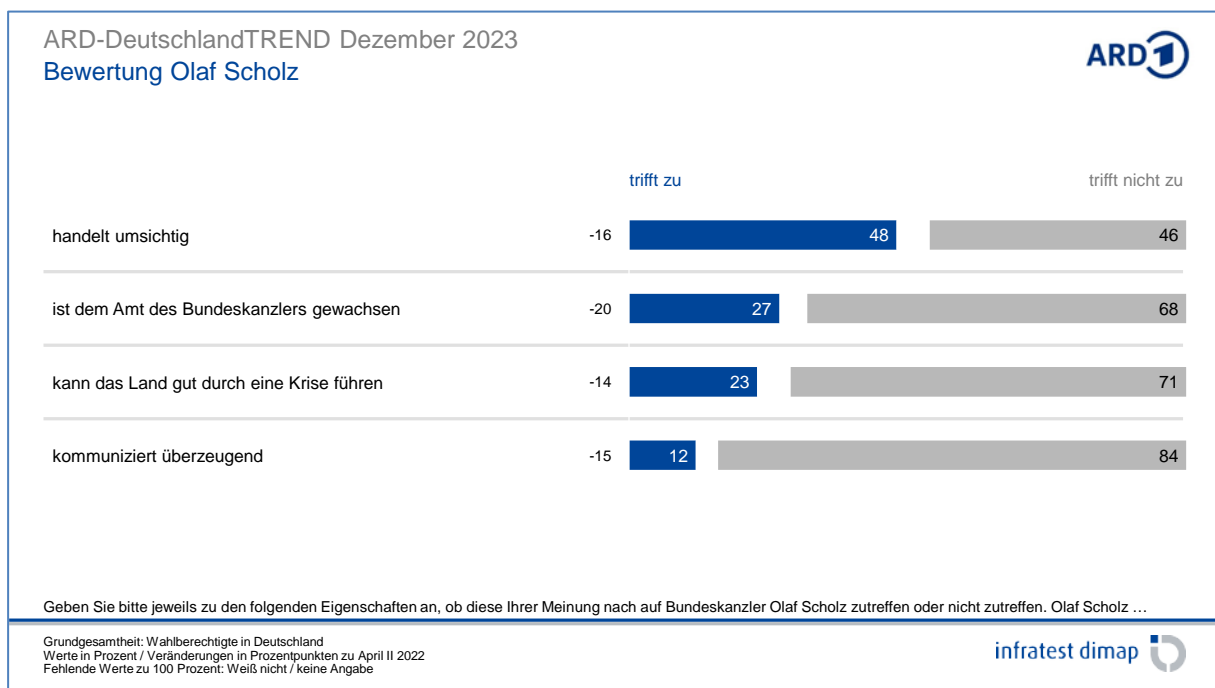
Vertrauen in unionsgeführte Bundesregierung wächst leicht

Aus der Haushaltskrise der Ampelkoalition zieht die Unions-Opposition Ansehensgewinne. Unverändert gut jeder zweite Wahlberechtigte (52 Prozent; -1) erwartet derzeit im Fall einer unionsgeführten Bundesregierung ähnliche Regierungsleistungen wie die der Ampel. 24 Prozent (+5) und damit mehr als im August trauen einer unionsgeführten Bundesregierung jedoch eine bessere Lösung aktueller Probleme zu. Mit dezidiert schlechteren Ergebnissen in der unionsgeführten Regierungsarbeit rechnen aktuell 17 statt zuletzt 21 Prozent. Die Unions-Anhänger selbst sind mittlerweile mehrheitlich überzeugt, dass unter Unions-Führung die Probleme besser angepackt werden würden (60 Prozent). Außerhalb der eigenen Reihen überwiegt diesbezüglich allerdings weiterhin die Skepsis.

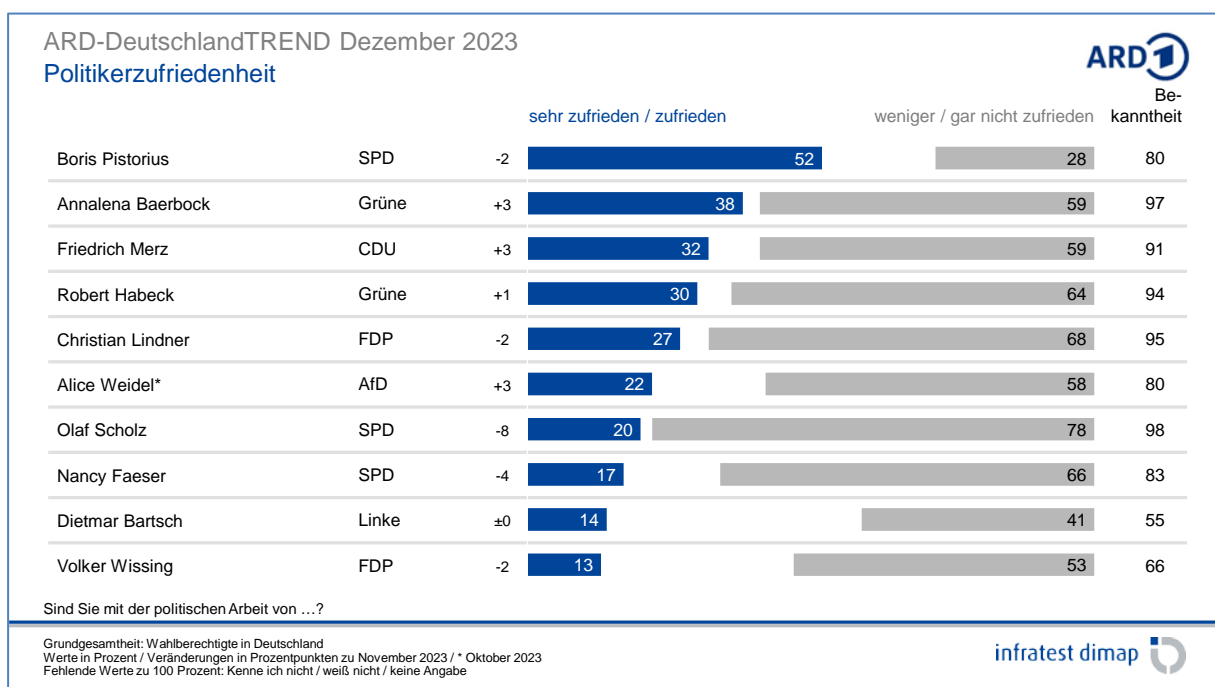


Politikerzufriedenheit: Scholz mit historischem Negativrekord

Nicht nur das Kabinett verliert im Monatsverlauf deutlich an Rückhalt. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz sieht sich mit einem deutlichen Sympathierückgang konfrontiert. 20 Prozent (-8) der Wahlberechtigten sind aktuell mit der Arbeit des SPD-Politikers zufrieden, der niedrigste Wert für einen Bundeskanzler im seit 1997 bestehenden ARD-DeutschlandTREND. Olaf Scholz wird zwar von jedem Zweiten (48 Prozent; -16 zu April 2022) umsichtiges Handeln zugeschrieben. Lediglich ein Viertel sieht in ihm gegenwärtig jedoch einen guten Krisenmanager (23 Prozent; -14). Nur 12 Prozent attestieren ihm, überzeugend zu kommunizieren (-15). Dass der SPD-Politiker dem Amt des Bundeskanzlers gewachsen ist, ist momentan die Ansicht von weniger als jedem dritten Wahlberechtigten (27 Prozent; -20). Im Frühjahr 2022 und damit wenige Monate nach Antritt der von ihm geführten Ampelkoalition vertrat noch knapp jeder Zweite diese Meinung.

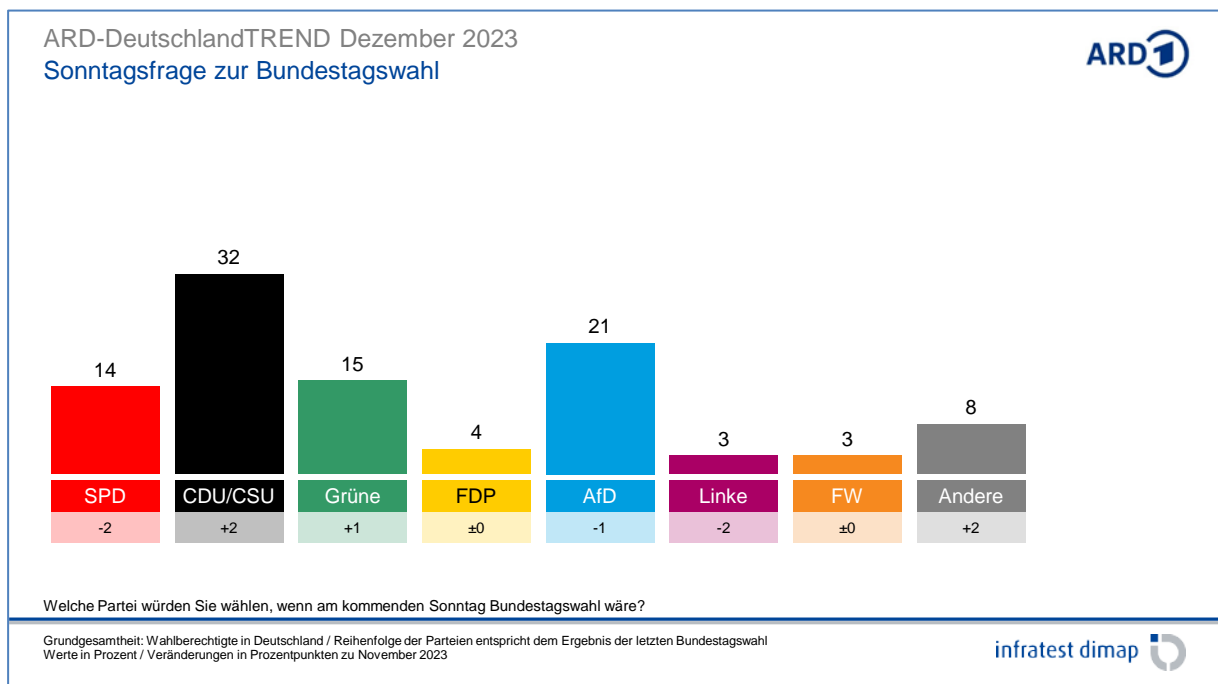


Auch zum Jahresausklang führt SPD-Verteidigungsminister Pistorius (52 Prozent; -2) die Liste der populärsten Bundespolitiker mit klarem Vorsprung vor der Grünen-Außenministerin und dem Unionsfraktionsvorsitzenden an. Annalena Baerbock überzeugt knapp vier von zehn Wahlberechtigten (38 Prozent; +3), Friedrich Merz jeden dritten Bundesbürger (32 Prozent; +3). Wirtschaftsminister Habeck erhält von drei von zehn (30 Prozent; +1), Finanzminister Lindner von jedem Vierten (27 Prozent; -2) Zuspruch. Der FDP-Politiker rückt damit in die Nähe seines persönlichen Tiefstandes als Finanzminister vom September 2022. Hinter ihm folgen im Urteil der Bundesbürger Alice Weidel von der AfD (22 Prozent; +3 zu Oktober) und der Bundeskanzler. Auf den hinteren Plätzen rangieren SPD-Innenministerin Nancy Faeser (17 Prozent; -4), der bisherige Linken-Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch (14 Prozent; +/-0) sowie FDP-Verkehrsminister Wissing (13 Prozent; -2).

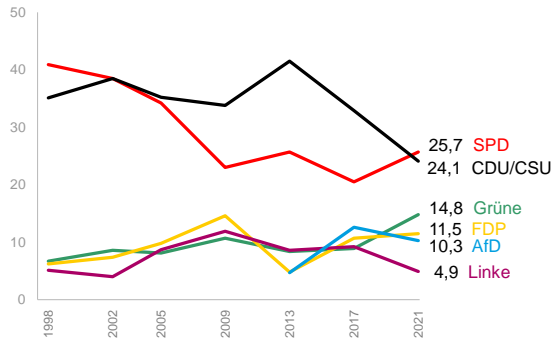


Sonntagsfrage: SPD so schwach wie zuletzt im Juni 2021

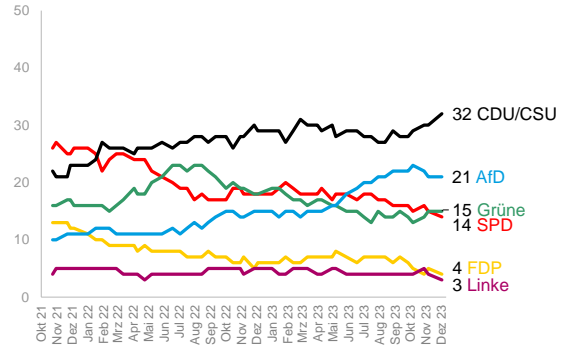
Das Ansehentief von Ampel-Koalition und Bundeskanzler spiegelt sich in der bundespolitischen Stimmung. Die Sozialdemokraten hätten bei einer Bundestagswahl zum jetzigen Zeitpunkt 14 Prozent (-2) in Aussicht. Ähnlich niedrig fiel ihr Rückhalt zuletzt im Juni 2021 aus. Die Grünen kämen aktuell auf 15 Prozent (+1). Die FDP würde mit 4 Prozent (+/-0) weiter an der Mandatsschwelle scheitern. Die CDU/CSU käme bei einer Bundestagswahl aktuell auf 32 Prozent (+2), der höchste Wert seit März 2021, gefolgt von der AfD mit 21 Prozent (-1). Die Linke wäre mit 3 Prozent (-2) nicht mehr im Bundestag vertreten. Alle übrigen Parteien kämen zusammen auf 11 Prozent (+2), darunter die Freien Wähler mit 3 Prozent.



Wahlergebnisse seit 1998



Umfrageergebnisse seit Bundestagswahl 2021



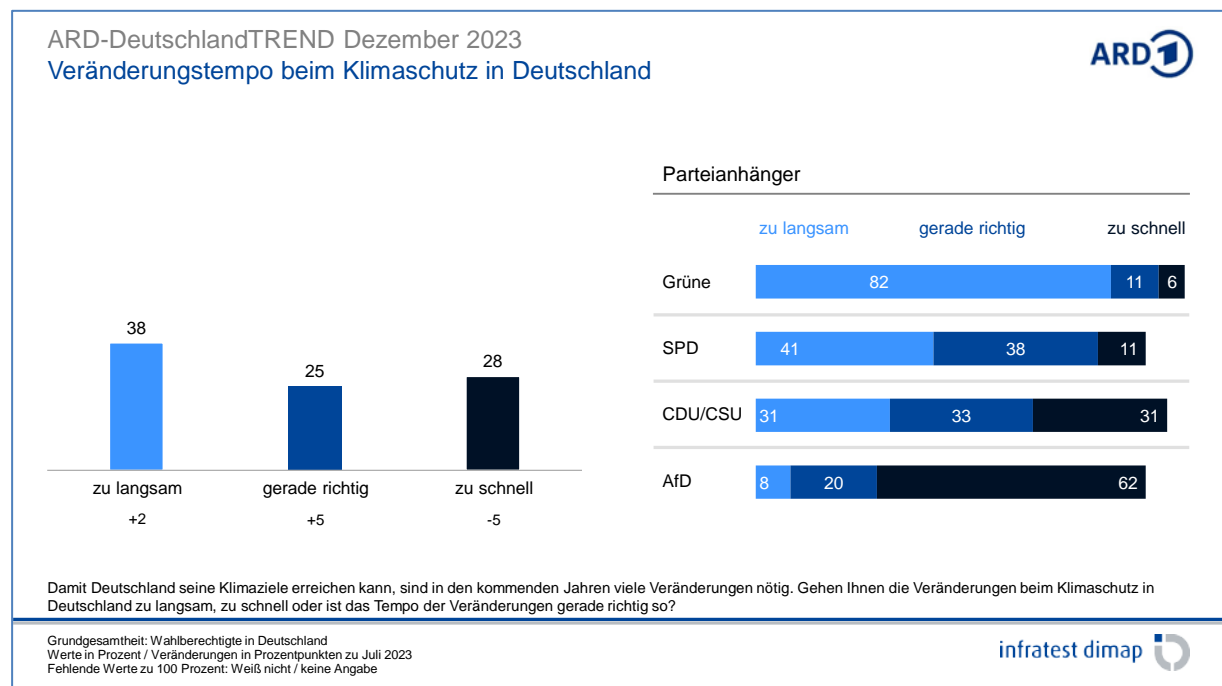
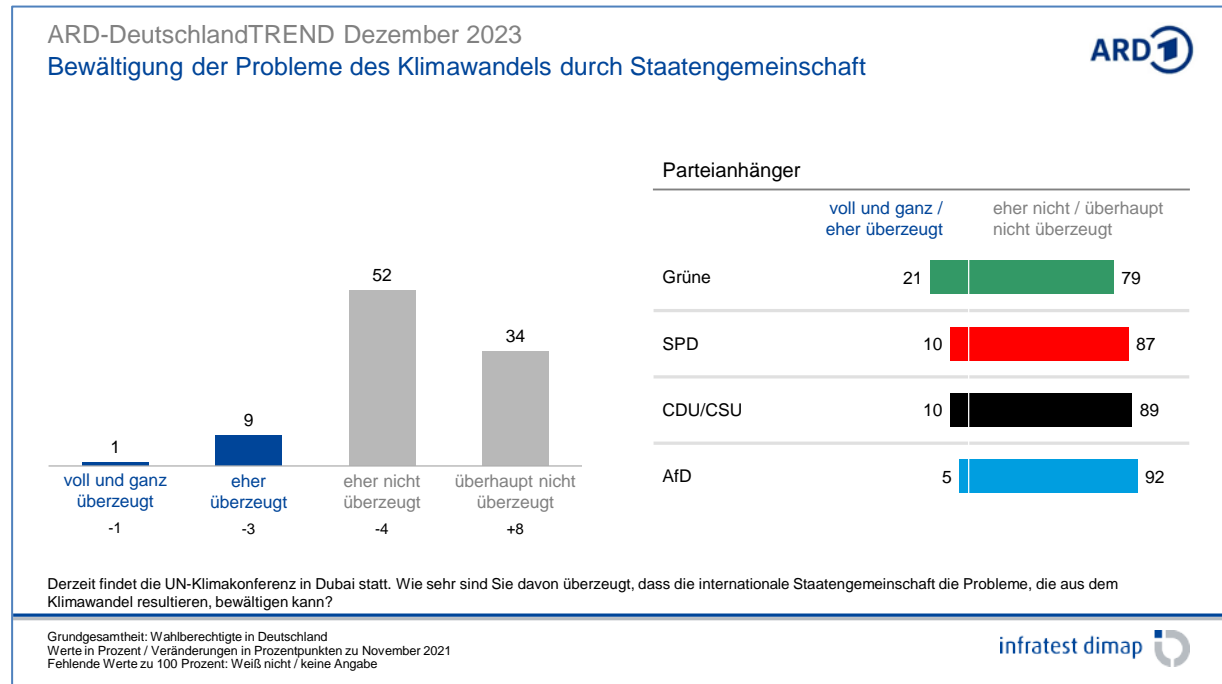
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
 Werte in Prozent

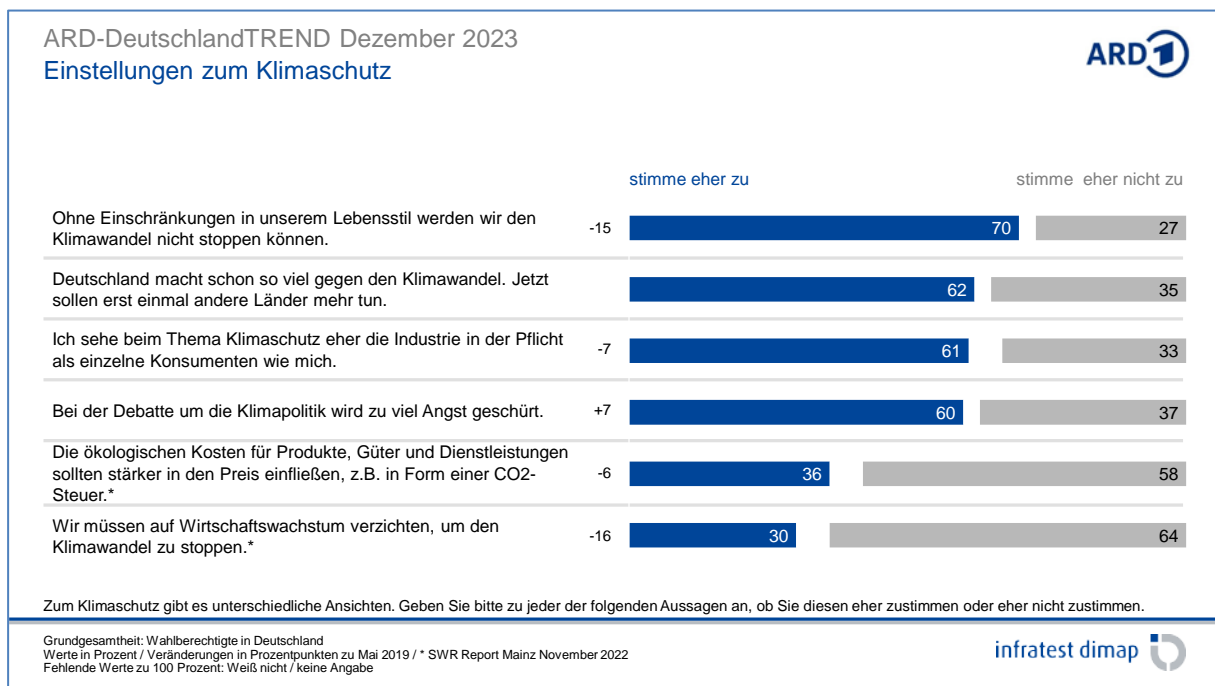
Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Parteipräferenzen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Erwartungen an Staatengemeinschaft beim Klimaschutz niedriger als zuletzt

In Dubai findet derzeit die 28. UN-Klimakonferenz statt. Die Erwartungen der Bundesbürger an das globale Zusammenwirken in Klimafragen fallen nochmals niedriger aus als im Umfeld vorangegangener Konferenzen wie 2018 in Katowice oder 2021 in Glasgow. Nur 10 Prozent der Bundesbürger (-4 zu November 2021) sind aktuell überzeugt, dass die internationale Staatengemeinschaft die Problemfolgen des Klimawandels bewältigen kann. 86 Prozent (+4) bezweifeln dies.



Die Skepsis gegenüber dem Erfolg globaler klimapolitischer Anstrengungen fußt abgesehen von der Wahrnehmung sich häufender Krisensymptome und Extremereignisse auf Zweifeln am Beitrag der einzelnen Nationen. Bei der Mehrheit der Bundesbürger besteht der Eindruck, Deutschland tue bereits viel gegen den Klimawandel. Andere Länder sollten erst einmal mehr tun (62 Prozent). Das Tempo der klimapolitischen Veränderungen in Deutschland überzeugt allerdings auch nur jeden Vierten (25, +5 zu Juli), fast vier von zehn halten die Veränderungen hierzulande für zu langsam (38 Prozent, +2). Immerhin mehr als jeder Vierte (28 Prozent; -5) erachtet das Veränderungstempo als zu hoch.



Verschiebungen in klimapolitischen Haltungen

Zugleich deuten sich aber auch Verschiebungen in den klimapolitischen Haltungen der Bundesbürger an. Stärker noch als vor vier Jahren überwiegt die Ansicht, dass im Klimadiskurs zu viel Angst geschürt wird (60 Prozent; +7 zu Mai 2019). Dies bedeutet nicht, dass die Bundesbürger das Erfordernis von Änderungen aktuell ernsthaft in Frage stellen würden. Einschränkungen im Lebensstil werden nach wie vor von den meisten (70 Prozent; -15) als erforderlich angesehen. Allerdings fällt diese Mehrheit nicht mehr so übergroß aus wie noch 2019. Wie damals wird auch aktuell mehr noch als von Konsumenten und Haushalten vor allem der Wirtschaft Verantwortung beim Klimaschutz zugewiesen (61 Prozent; -7), auch hier allerdings mit nachlassendem Nachdruck. Wirtschafts-, Energie- und Preiskrisen hinterlassen im Meinungsbild der Bundesbürger offensichtlich erste Spuren. Der Verzicht auf Wirtschaftswachstum wird mit 30 Prozent (-16 zu November 2021) deutlich seltener als klimapolitische Notwendigkeit angesehen als noch vor zwei Jahren. Die bessere Abbildung ökologischer Kosten in den Preisen, z.B. über eine CO2-Steuer unterstützt nur noch ein gutes Drittel (36 Prozent; -6), nach 42 Prozent im Herbst 2021.

ARD-DeutschlandTREND Dezember 2023

Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Redaktion WDR	Claudia Müller	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Erhebungsmethode	Zufallsbasierte Telefon- und Online-Befragung	
Fallzahl	1.364 Befragte (813 Telefoninterviews und 551 Online-Interviews)	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen und Rückerinnerung Wahlverhalten Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	04. bis 06. Dezember 2023	
Schwankungsbreite	2 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 10 Prozent 3 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner infratest dimap	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Roberto Heinrich	030 533 22-0